



SP Schweiz • SP60+ • Theaterplatz 4 / Postfach • 3001 Bern

Wir ergreifen Partei für eine gute Betreuung im Alter

**Positionspapier der SP60+
für eine integrative Alterspolitik**

Verabschiedet an der Delegiertenversammlung der SP60+ vom
10. Januar 2023

1. Einleitung

In der Schweiz gibt es einen zunehmenden Bedarf an Betreuung. Das belegen nicht nur aktuelle Studien und Zahlen eindrücklich, sondern das bestätigen auch sämtliche Fachorganisationen.

Der Begriff «Betreuung» wird von vielen Menschen vorwiegend im Zusammenhang mit Pflege gesehen. Das hängt damit zusammen, dass es in der Praxis keine Pflege ohne Betreuung gibt. Doch unter Betreuung fallen Leistungen, die nicht finanziell durch eine Sozialversicherung abgedeckt werden. So werden die Pflegeleistungen heute weitgehend über die Krankenversicherung finanziert. Seit der Einführung der neuen Pflegefinanzierung 2011 werden Pflege- und Betreuungsleistungen separat abgerechnet. Die Kosten für die Betreuung gehen zulasten der Bezüger:innen und belasten bei zunehmender Inanspruchnahme das Haushaltbudget stark.

Gute Betreuung umfasst verschiedene Unterstützungsformen für Menschen, die ihren Alltag nicht mehr alleine bewältigen können. Unter Betreuung fallen Unterstützungsformen, die es betagten Menschen erlauben, ihr Leben selbständig zu gestalten und ihre gesellschaftliche Teilhabe wahrnehmen zu können. Betreuung ist Alltagsunterstützung, die oftmals neben pflegerischen Leistungen erbracht wird.

Der Fokus dieses Papiers liegt auf der Betreuung im Alter, hat aber für alle Altersgruppen mit Unterstützungsbedarf Gültigkeit.

2. Merkmale guter Betreuung im Alter

Gute Betreuung orientiert sich konsequent an den Bedürfnissen der betagten Menschen. Sie setzt immer auch eine sorgende Beziehung voraus.

Betreuung umfasst eine Vielfalt von personenzentrierten und fördernden Unterstützungen. Diese lassen sich in sechs Handlungsfeldern abbilden. Die sechs Handlungsfelder gelten für alle Lebens- und Wohnsituationen, in denen gute Betreuung Voraussetzung ist, sei es in der eigenen Wohnung, in Formen des betreuten Wohnens oder in stationären Einrichtungen, wie Spitälern oder Alters- und Pflegeheimen.

Die sechs Handlungsfelder guter Betreuung:

Selbstsorge

Im Vordergrund steht die «Hilfe zur Selbsthilfe». Ältere Menschen werden begleitet und unterstützt, damit sie Sorge tragen zu ihrer körperlichen und seelischen Gesundheit.

Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben

Älteren Menschen muss – auch bei Behinderungen oder Einschränkungen – ermöglicht werden, soziale Beziehungen wahrzunehmen, in der Gemeinschaft zu leben oder Kultur zu erleben und mitgestalten zu können.

Betreuung in Pflege-Situationen

Die Pflegezeit soll auch für sorgende Zuwendung genutzt werden können und präventive Massnahmen zur Erhaltung der Gesundheit und Selbstständigkeit erlauben.

Alltagsgestaltung

Ältere Menschen sollen Unterstützung für ihre Alltagsgestaltung erhalten, unter Berücksichtigung ihrer spontanen Bedürfnisse und individuellen Interessen. Dabei wird Sicherheit, Abwechslung und Anregung vermittelt.

Gemeinsame Haushaltführung

Ältere Menschen werden in ihren alltäglichen Aufgaben begleitet und unterstützt, damit ein weitgehend selbstbestimmter Alltag möglich ist. Wichtig ist dabei die gemeinsame Tätigkeit im Haushalt, die nicht mit Angeboten von hauswirtschaftlichen Dienstleistungen verwechselt werden darf.

Beratung und Alltagskoordination

In der Beratung werden passende Angebote für die individuelle Situation aufgezeigt und Übergänge begleitet. Zur Koordinationsarbeit gehört die Einbindung von involvierten Akteur:innen, wie beispielsweise Personen aus dem privaten Umfeld, Ärztinnen/Ärzte, weitere Fachleute oder Gruppen und Institutionen, mit denen die betroffene Person verbunden ist.

3. Gute Betreuung im Alter ist Gold und Geld wert

Ältere Menschen, die in der Gesellschaft eingebunden sind und im Alltag eine bedürfnisgerechte Unterstützung erhalten, leben länger selbstbestimmt. Ihre körperliche, seelische und kognitive Gesundheit bleibt länger erhalten. Die Gefahr einer chronischen oder psychischen Erkrankung wird geringer.

Ganzheitliche Betreuung wirkt präventiv und wird sich dadurch langfristig durch geringere Krankheits- und soziale Folgekosten bezahlt machen. Gute Betreuung ist deshalb die wirksamste Massnahme zur Kostendämpfung. Gute Betreuung ist umfassend und individuell ausgerichtet und muss für alle Menschen zugänglich sein.

Fehlende ganzheitliche Betreuung führt nicht nur zu einer massiven Verschlechterung der Gesundheit und des Allgemeinzustands von älteren Menschen, sondern fördert nachgewiesenermassen auch Verwahrlosung und/oder Vereinsamung mit den entsprechenden medizinischen Folgen, wie Verschärfung von Krankheiten und gesundheitlichen Problemen oder Depressionen.

Bei Menschen, die sich Betreuung zu Hause nicht leisten können, kommt es zu unnötigen oder verfrühten Eintritten in eine Institution. Die Kosten steigen entsprechend. Betreuende Angehörige oder Freiwillige laufen Gefahr, dass sie überfordert werden oder selbst in eine krankmachende Überlastungssituation geraten.

Erschwerend kommt heute hinzu, dass ein unübersichtlicher und umfangreicher Markt von Dienstleistungsangeboten besteht, die Betreuung mit grossen qualitativen Unterschieden verkaufen. Es gibt eine Vielzahl an Organisationen und Einrichtungen mit verschiedenen Geschäftsmodellen und Trägerschaften sowie unterschiedlichen Motiven. Ihre Angebote, Leistungen und Preise weisen grosse Unterschiede auf. Aber es fehlt an Koordination und einer qualitativen Kontrolle der Betreuungsleistungen. Ausgeschlossen von diesem Markt sind alle Personen, die diese Angebote nicht selber bezahlen können. Die ökonomische Ungleichheit zeigt deshalb gravierende Folgen für die Versorgung.

4. Der politische Handlungsbedarf ist gross

Eine integrative Alterspolitik beinhaltet Betreuung und Pflege in allen Lebenssituationen und über die gesamte Lebensspanne. Ziel ist die bestmögliche Alltagsunterstützung. Gute ganzheitliche Betreuung sichert ein würdevolles Alter. Daher muss Betreuung für alle erreichbar und bezahlbar sein. Der politische Handlungsbedarf ist riesig.

Eine Zwei-Klassen-Versorgung darf nie toleriert werden. Es muss eine Grundlage für einen angemessenen Zugang zu Alltagsunterstützung und Betreuung für alle geschaffen werden

– unabhängig von den finanziellen Verhältnissen der Betroffenen. Durch die rechtliche Verankerung wird eine grosse Versorgungslücke in der Gesundheitsversorgung geschlossen.

Für die SP60+ haben vier politische Forderungen Priorität, die auf nationaler Ebene umgesetzt werden müssen:

- **Eine schweizweite gesetzliche Regelung zur Finanzierung der Betreuung,**
- **die sofortige Umsetzung der vom Volk angenommenen Pflegeinitiative,**
- **Massnahmen zur Entlastung von betreuenden Angehörigen und Betreuungspersonen, welche sich in der Freiwilligenarbeit engagieren**
- **sowie eine Offensive für bezahlbare und altersgerechte Wohnungen.**

Klar ist, dass die Durchsetzung von existenzsichernden AHV-Renten, wie es die Bundesverfassung seit über einem halben Jahrhundert vorschreibt, die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Betreuungsleistungen schon wesentlich verbessern könnte. Zudem braucht es weitere zentrale Rahmenbedingungen auf kantonaler und kommunaler Ebene. In erster Linie müssen Anlaufstellen für den Erstkontakt, Bedarfseinschätzung und Klärung der Finanzierung geschaffen werden. Zudem braucht es Koordinationsstellen für Monitoring, Kommunikation, Marketing, Prüfung von Finanzierungsmodellen, Qualitätskontrollen und die Festlegung der organisatorischen Voraussetzungen für professionelle Leistungserbringende und freiwillige Betreuungspersonen.

Die SP60+ fordert die Erarbeitung eines bundesweiten Rahmengesetzes, welches die Langzeitpflege und Betreuung im Alter umfassend und gesamtschweizerisch regelt.

Pflege und Betreuung gehören ungeteilt zum Service Public. Es braucht ein Gesamtkonzept, das neben den pflegerischen Leistungen, auch Selbstsorge, soziale Teilhabe, Alltagsgestaltung, Haushaltführung, Beratung und Koordination umfasst. Entsprechend engagiert sich die SP60+ bei der Erarbeitung von innovativen Projekten für gesamtschweizerische und kantonale Systeme zur Finanzierung der Betreuungsleistungen.

Alle Menschen müssen unabhängig von ihrer finanziellen Situation Zugang zur notwendigen ganzheitlichen Betreuung erhalten – pflegerisch, psychisch, sozial und in der Alltagsversorgung. Das gilt über die ganze Lebensspanne, während der Langzeitpflege und somit auch am Ende des Lebens. Jeder Mensch soll in Würde, schmerzfrei, gut betreut und ohne finanzielle Sorgen sterben können. Notwendig ist ein gesamtschweizerisches Rahmengesetz, das die fehlende Finanzierung von Betreuungsleistungen sicherstellt.

Die SP60+ fordert die unverzügliche Umsetzung der Pflegeinitiative.

Betreuungsarbeit muss von Menschen erbracht werden. Für die professionellen Dienstleister:innen braucht es eine Aus- und Weiterbildungsoffensive sowie gute Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Pflegeinitiative wurde am 28. November 2021 von der Bevölkerung mit einem hohen Ja-Stimmenanteil angenommen. Die SP60+ hat sich massgeblich für die Annahme der Volksinitiative engagiert. Die Inhalte des Volksbegehrens müssen nun rasch umgesetzt werden, sowohl bei der Ausbildung auf allen Stufen als auch bei den Arbeitsbedingungen der Pflegenden, damit nicht noch mehr Pflegefachleute ihre Stelle aufgeben. Heute verlassen monatlich 300 Pflegenden ihren Beruf. Die Kantone müssen zwingend zum Handeln aufgefordert werden. Der Umsetzungsvorschlag des Bundesrats zur Volksinitiative weist zwar in die richtige Richtung. Massnahmen, für welche die Kantone zuständig sind, bleiben jedoch zu unverbindlich. Der anvisierte Fahrplan verkennt die aktuelle dramatische Situation. Ohne Beschleunigung des Tempos für die Umsetzung wird sich die unhaltbare Situation in der Pflege weiterhin verschärfen.

80 Prozent der Beschäftigten in der beruflichen Pflege sind Frauen. Zwei Drittel von ihnen sind teilzeitbeschäftigt. Hauptgrund dafür ist die schlechte Vereinbarung von Beruf und Familie, aber auch die starke Belastung in den Gesundheitsberufen. Deshalb braucht es zusätzlich einen substanziellen Ausbau der ausserhäuslichen Kinderbetreuung, Verbesserungen in der Altersvorsorge, namentlich bei der 2. Säule, und eine Arbeitszeitreduktion.

Die SP60+ fordert, dass betreuende Angehörige eine Kompensation des Erwerbsausfalls analog der Erwerbsausfallversicherung erhalten. In länger dauernden Fällen sind sie in ein ordentliches Arbeitsverhältnis bei der Spitex oder ähnlichen Organisationen aufzunehmen.

Die SP60+ stellt fest, dass wir alle Situationen und Menschen in unserem Umfeld kennen, die Betreuungsarbeit leisten, sei es in der Familie, in der Nachbarschaft oder in einer Freiwilligenorganisation. Es braucht eine wirksame Entlastung für Angehörige, aber auch für andere Personen, die Betreuungsleistungen für Freund:innen oder Bekannte übernehmen. Dazu gehören auch präventive Massnahmen gegen Überlastung und Burnout.

Zentral ist eine Absicherung bei Erwerbsausfall für die betreuenden Personen. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist die in bestimmten Kantonen bestehende Möglichkeit, dass sich pflegende Angehörige von einer Spitex-Organisation anstellen lassen können. Die Krankenkasse zahlen aber nur Pflegeleistungen, die vorgängig anhand eines standardisierten Formulars durch die Spitex abgeklärt wurden. Die Betreuungsarbeiten werden durch sie nicht vergütet. Das neue Modell findet immer mehr Zuspruch, da es offensichtlich einem Bedürfnis entspricht. Es können sich auch pflegende Angehörige im Pensionsalter anstellen lassen. Für Angehörige im Erwerbsalter wird die Lohnneinbusse geringer. Ein grosser Vorteil für sie ist, dass sie durch die Anstellung in die Altersvorsorge einzahlen können und dadurch die Renteneinbussen gemildert werden.

Zudem braucht es Arbeitszeitmodelle für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuung sowie arbeitsvertragliche Regelungen für die bezahlte Freistellung von betreuenden Arbeitnehmenden. Die Freiwilligenarbeit in diesem Bereich braucht Regelungen und Wertschätzung.

Die SP60+ fordert eine Offensive des Bundes für altersgerechte und bezahlbare Wohnungen. Die Förderinstrumente für den gemeinnützigen Wohnungsbau müssen ausgebaut und die missbräuchlichen Mietzinssteigerungen gestoppt werden.

Der Bedarf an bezahlbaren Wohnmöglichkeiten, insbesondere für die Babyboom-Generation, ist enorm. Tiefe Leerwohnungsbestände, die zögerliche Umsetzung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, fehlende Massnahmen für behinderten- und altersgerechte Wohnungen sowie der massive und gesetzeswidrige Preisanstieg bei den Wohnungskosten verschärfen die Krise auf dem Wohnungsmarkt.

Gemessen am Wohnpreisindex sind die Mietpreise in den letzten 16 Jahren – trotz tiefer Teuerung – um 22 Prozent gestiegen. Gemäss den relevanten Kostenfaktoren des Mietrechts, wie Hypothekarzinsentwicklung, Inflation und Unterhaltskosten, hätte der Mietpreisindex in dieser Zeit um 11 Prozent sinken müssen. Insgesamt zahlten die Mietenden in der Schweiz 78 Milliarden Franken zu viel.

Die nationale Politik muss das Heft in die Hand nehmen, um diese gesetzeswidrige und verantwortungslose Ankurbelung der Mietzinsspirale zugunsten der Immobilienbesitzenden zu stoppen, gezielt in den gemeinnützigen Wohnungsbau zu investieren und vielfältige Formen des durchmischten Wohnens zu fördern, die auch den Bedürfnissen der älteren

Generationen gerecht werden. Dazu braucht es nicht nur die Gemeinden und Kantone, sondern zwingend auch eine Offensive des Bundes.

5. Fazit

Die Kaufkraft der älteren Bevölkerung ist unter Druck. Das zeigt die aktuelle Situation mit der Explosion der Krankenkassenprämien, dem steigenden Anteil des Einkommens für das Wohnen und dem Preisanstieg für lebensnotwendige Güter. Gleichzeitig stagnieren die Renten oder werden gar gekürzt. Die aktuelle Teuerung von rund drei Prozent ist eine zusätzliche Belastung. Fehlt der politische Wille, im Bereich Betreuung rasch gezielte Massnahmen zu ergreifen, wird sich die ohnehin schon prekäre Situation für viele ältere Menschen verschärfen.

Verfasserinnen

Dieses Positionspapier wurde von der Arbeitsgruppe Gesundheit der SP60+ erarbeitet. Die AG Gesundheit setzt sich mit aktuellen politischen Themen, welche die Gesundheit betreffen, auseinander. Sie beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit dem Thema Betreuung und hat sich mit diesem Dokument die Aufgabe gestellt, über diese enorm wichtige Problematik aufzuklären, für das Thema zu sensibilisieren und politische Lösungen vorzuschlagen.

Verfasst wurde der Text von den AG-Mitgliedern Ruth Schmid (Präsidentin), Ursula Blaser-Bysäth, Dorothée Kipfer, Maria Van De Vlekkert, Rita Schmid, Ursula Imhof, Marie-France Anex und Susanne Leutenegger Oberholzer.

Quellen und weiterführende Informationen

BSS Volkswirtschaftliche Beratung AG: [Gute Betreuung im Alter – Kosten und Finanzierung](#). Basel 21.08.2021.

[Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung](#) vom 7.10.2020.

[Netzwerk gutes Alter](#)

[Paul Schiller Stiftung](#): Studie 2021 BBS Volkswirtschaftliche Beratung AG, Basel: [Kosten und Finanzierung für eine gute Betreuung im Alter in der Schweiz](#) im Auftrag der Paul Schiller Stiftung

Pro Senectute Schweiz: Betreuung von Seniorinnen und Senioren zu Hause: Bedarf und Kosten, 2021 ([Studien-Summary](#)).

Schweizer Städteverband 16.02. 2022: [Positionspapier: Hilfe und Betreuung im Alter – Für eine umfassende Alterspolitik](#)

Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren GDK: [Impulse für die Integrierte Versorgung in den Kantonen: ein Leitfaden](#). Bern, Mai 2020.

SP60+: [Bezahlbaren Wohnraum für Alle – auch im Alter!](#) Resolution der Herbstkonferenz der SP60+ vom 3.10.2018.

SP60+: [Für eine altersgerechte, ganzheitliche, selbstbestimmte und soziale Gesundheitsversorgung](#). Resolution der Herbstkonferenz der SP60+ vom 30.10. 2021

SP60+: [Wohnen im Alter](#). Bericht der Arbeitsgruppe Wohnen (11.07.2022)

Übersicht nationale Politik, Vorstösse, Programme und Initiativen bezüglich Betreuung im Alter: <https://gutaltern.ch/politlandschaft>

[Wegweiser für gute Betreuung im Alter 2020](#)